

Quadratur des Kreises

Die Bilanz der Übersee-Politik seit 2007

Ortwin Ziemer*

» Zu Beginn der ersten Amtszeit Sarkozys wurde der Vorwurf laut, der neue Staatshauschef messe den französischen Überseegebieten nicht die gleiche Bedeutung bei wie sein Vorgänger Chirac und habe keine besondere gefühlsmäßige Bindung zu ihnen. Dabei könnten sie mit insgesamt rund 2,2 Millionen Wahlberechtigten bei einer Präsidentschaftswahl mit knappem Ausgang durchaus die Rolle des Züngleins an der Waage spielen.

DOM-TOM en crise

Après la convocation des états généraux d'outre-mer en 2009, le gouvernement a pris une série de mesures pour répondre aux besoins des départements et territoires d'outre-mer, dont l'intérêt géopolitique n'est pas contesté.

Ces initiatives semblent ne pas modifier le cadre socio-économique, car les chiffres parlent un autre langage : le chômage est avec 23 % plus de deux fois plus élevé qu'en métropole. Ces régions, assure Nicolas Sarkozy, peuvent compter sur le soutien financier de la France et de l'Union européenne, mais devront davantage participer à leur propre développement économique. Réd.

Infolge der schweren sozialen Krise zu Jahresbeginn 2009 auf den französischen Antillen berief Nicolas Sarkozy zwischen April und September desselben Jahres die „Überseegeneralstände“ ein, die den wichtigsten Vertretern der Zivilgesellschaft die Möglichkeit geben sollte, zunächst auf lokaler Ebene in themenbezogenen Workshops ihre Vorstellungen zur Zukunft der französischen Überseegebiete zu formulieren, bevor eine spezielle Kabinettsitzung im November 2009 einen allgemeinen Maßnahmenkatalog beschloss, der

im Folgenden an die spezifischen Erfordernisse der einzelnen Überseedepartements und -territorien angepasst werden sollte.

Im Einzelnen hatten diese Beschlüsse mehr Transparenz bei der Preisbildung hinsichtlich der hohen Lebenshaltungskosten in Übersee, gezielte staatliche Förderung einheimischer Produkte, das Vorantreiben ehrgeiziger Infrastrukturprojekte und des sozialen Wohnungsbaus, was vor allem Arbeitsplätze schaffen und den in Übersee besonders hohen Mangel an Sozialwohnungen lindern sollte, einen verbesserten Zugang der Jugendlichen zum Arbeitsmarkt durch gezielte Zuschüsse zur Mobilität von Studenten und Auszubildenden, eine Modernisierung der Beziehungen zwischen den Sozialpartnern, eine verstärkte regionale Kooperation der Überseegebiete, eine grundsätzliche Ermutigung der Identitätsdebatte in Übersee sowie Überlegungen zur angemessenen Vertretung der Überseeterritorien im politischen System und im französischen Staatsgefüge zum Ziel.

Ob all dies nun einen spürbaren Einfluss auf die sozioökonomischen Rahmendaten der Überseegebiete gehabt hat, wird bezweifelt. Die Zahlen scheinen in der Tat eine andere Sprache zu sprechen. Dabei gibt es nicht nur negative Werte. Im Gegenteil: Die Überseegebiete bringen Frankreich, neben dem geostrategischen Vorteil, auf allen Weltmeeren präsent zu sein, über 11 Millionen km² Hoheitsgewässer ein – die zweitgrößten

* Ortwin Ziemer lebt als Presse-Korrespondent und Lehrer französischer Europa- und Abibac-Klassen auf Réunion.

der Welt nach denen der USA –, deren wirtschaftlicher, aber auch wissenschaftlicher Stellenwert in Zeiten immer knapperer maritimer Ressourcen nicht zu unterschätzen ist. Die harte ökonomische Realität allerdings sieht weitaus nüchterner aus und hat sich trotz der Überseegeneralstände seit Sarkozys Amtsübernahme nicht verbessert. Während das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner nicht einmal zwei Drittel des Standes im Mutterland erreicht, liegt zum Jahresende 2011 nach den letzten verfügbaren Zahlen des nationalen Statistikamtes die durchschnittliche Arbeitslosenrate mit etwa 23 % in Übersee immer noch mehr als doppelt so hoch wie die nationale Quote und erreicht auf Réunion gar 29 %, was einen landesweiten Negativrekord ausmacht. Dennoch muss die Sachlage differenziert betrachtet werden.

Nicht umsonst hat Sarkozy bei seinen Neujahrsgrußadressen, die er zu Jahresbeginn 2010 von Réunion und 2011 von Guadeloupe aus an die Einwohner der Überseegebiete richtete, jeweils darauf hingewiesen, dass diese Territorien aufgrund ihrer entlegenen geografischen Lage und ihren anderen strukturellen Handicaps sehr wohl auch weiterhin mit der finanziellen Solidarität des Mutterlandes und auch der EU rechnen könnten. In der Tat hat die EU-Kommission zumindest angedeutet, dass beispielsweise Réunion auch für die nächste EU-Haushaltsperiode von 2014 bis 2020 vermutlich weiterhin den Höchstsatz an spezifischen Strukturhilfen aus dem Europäischen Regionalfonds erhalten werde. Diese Zahlungen machen in der derzeit laufenden Haushaltsperiode immerhin etwa 1,6 Milliarden Euro aus. Allerdings legte der Staatspräsident den Finger auch in eine mehr als sensible Wunde, als er mit Nachdruck darauf hinwies, die Überseegebiete könnten nicht fortgesetzt ohne entsprechende Gegenleistung am nationalen Tropf hängen, sondern müssten mit allen verfügbaren Kräften eine möglichst endogene, soll heißen, sich selbst tragende Wirtschaftsentwicklung anstreben. Davon abgesehen, dass sich Sarkozy mit seiner nicht ganz glücklichen Wortwahl bei dieser Gelegenheit nicht nur Freunde gemacht hat und dass sicherlich niemand ein solches Ziel an sich ablehnen kann, stellt sich die Frage, ob er hier nicht, angesichts der nun einmal gegebenen Rahmenbedingungen der

Wirtschaftslage in Übersee, zu einer wirtschafts-politischen Quadratur des Kreises aufruft.

Beispiel Neukaledonien

In diesem Zusammenhang, aber auch allgemein, nimmt Sarkozys Haltung gegenüber Neukaledonien sicherlich eine Sonderstellung innerhalb seiner Übersee-Politik ein. Das Übersee-Territorium verfügt über die zweitgrößten Nickelvorkommen der Welt, deren Ausbeutung rund 12 % des lokalen BIP ausmachen. Die Arbeitslosenrate liegt mit ca. 7 % rund zwei Prozentpunkte unter dem nationalen Durchschnitt und hat sich in den letzten sechs Jahren mehr als halbiert. Aufgrund einer solch günstigen Entwicklung sollte man eigentlich annehmen können, die Beziehungen zum Mutterland müssten sich problemlos gestalten. Weit gefehlt! Sarkozys Verhältnis zu der Inselgruppe im Südpazifik ist von einem Paradoxon gekennzeichnet. Bei seinem Einzug in den Elyséepalast 2007 hatte er in Neukaledonien mit mehr als 62 % der Stimmen sein bestes Ergebnis aller Überseegebiete erzielt, die in ihrer Gesamtheit mehrheitlich für die sozialistische Kandidatin Ségolène Royal gestimmt hatten. Und dennoch ließ Sarkozys erster offizieller Besuch dort in seiner Eigenschaft als Staatsoberhaupt bis Ende August 2011 auf sich warten. Offizieller Anlass war die Eröffnung der Pazifik-Spiele, der wirkliche Grund jedoch ein ganz anderer. Ein Konflikt um die Preise der Flugverbindung der regionalen Fluggesellschaft *Aircalin* zwischen den 200 Kilometer östlich von Nouméa gelegenen Loyauté-Inseln und der Hauptinsel war eskaliert und hatte vier Todesopfer gefordert. Der Präsident kündigte daraufhin eine Verstärkung der Ordnungskräfte an, rief zu einem Ende der Gewalt auf, die keine Lösung für politische oder wirtschaftliche Probleme sein könne, lobte die jüngste Wirtschaftsentwicklung Neukaledoniens als beispielhaft für die gesamten Überseegebiete und rief dazu auf, das für spätestens 2018 geplante Unabhängigkeitsreferendum zu vermeiden und stattdessen eine Kompromisslösung innerhalb des französischen Staatsverbandes zu suchen. Auch wenn sie nicht frei von Widersprüchen ist, so zeigt Sarkozys Überseepolitik doch eine nicht zu leugnende Kohärenz.